

Der Trick mit „Kaisers Rock“

Stalin holte sogar die Uniform des Zaren aus dem Spind

Während des letzten Krieges, in einer Periode schwerster militärischer Niederlagen des Sowjetregimes, gab Stalin Weisung, die alten zaristischen Uniformen wieder einzuführen und die Polit-Erziehung der Truppe umgehend auf die militärischen Traditionen des alten Rußland abzustellen. Stalin wußte, was er tat: Für ihn und sein Politbüro wollte kaum einer der Rotarmisten kämpfen. Aber für Rußland würden sie ihr Leben geben. Der Schachzug hat sich gelohnt, und heute kennt jeder Sowjetsoldat den vollständigen Lebenslauf von Zarengeneral Kutusow. Nur von Trotzki, dem Gründer und ersten Kommandeur der Roten Armee, von dem weiß er nichts und darf er nichts erfahren. Diese Taktik soll sich der vor Augen führen, der in Kürze die ersten „Nationalarmee“-Brigaden in „Kaisers Rock“, der alten Wehrmachtuniform, durch die Straßen der Zonenstädte ziehen sieht.

Der SED ist dieser Schritt nicht leicht gefallen, obwohl sie heute nicht wenig stolz über diesen „Schachzug“ ist. Jeder kennt die Entwicklung der „Volkspolizei“. Als die sowjetzonale Schutzpolizei diesen Beinamen erhielt, gab es bereits mehr als zwei Dutzend Kasernen, in denen Infanterieverbände gleichen Namens an leichten Feldgeschützen übten. Als diese Truppe rund 100 000 Mann betrug und bereits großkalibrige Artillerie und Panzerwagen besaß, taufte man sie verschämt „Kasernierte Volkspolizei“.

Was trägt der Soldat?

Solange dieses stehende Heer als „Polizei“ firmierte, mußte man ihm die entsprechende Uniform belassen. Als es KVP hieß, und als der militärische Zusammenschluß der Ostblockstaaten im Warschauer Paktsystem begann, zog man den Sowjetzonen-Soldaten folgerichtig russische Uniformen an.

Um diese Uniform hat es viel Ärger gegeben. Testumfragen in der FDJ bewiesen, daß allein diese Tellermützen-Bekleidung die jugendlichen Rekruten abstoßen mußte. Trotzdem blieb man dabei, denn es war schließlich eine russische Hilfstruppe, unter sowjetischem Oberbefehl und mit sowjetischer Nach-

schuborganisation. Zu gleicher Zeit wies man auf die der alten deutschen Uniform angelegene Bekleidung der westdeutschen Grenzschutzverbände hin. Man zeigte Grenzschutzleute bei einer Übung und stellte PK-Aufnahmen daneben mit dem Kommentar: „Seht doch, die gleiche Uniform, der gleiche Geist!“ Karikaturisten und Plakatzeichner der Ostpresse diente die alte Wehrmachtuniform als beliebtes Attribut zur Darstellung bluttriefender, zähnefletschender „Faschisten“.

„Ganze Abteilung kehrt!“

Die jüngste Kehrtwendung hat nicht wenige in Erstaunen gesetzt. Auch die SED hat lange gezögert, obwohl dieser Rückgriff auf völlig andersartige Traditionen seit langem zu ihrem Programm gehört. Denn die Schwierigkeiten sind abzusehen: Man muß die gestern noch durch den Schmutz gezogene Uniform wieder hoffähig machen, man muß „umdenken“ und umerziehen. Man muß sagen, daß es auch vor Hitler schon deutsche Soldaten gegeben hat, und es wird schwer halten, Thälmann und Rosa Luxemburg mit dem feldgrauen Tuch auf einen Nenner zu bringen. Die Sprachregelung, der neue Geist habe über das alte

Tuch gesiegt, dürfte allein nicht genügen.

Den Erfolg sieht die SED in der Mentalität der Ignoranten, die den Kommunisten oder den gepreßten Rotarmisten nicht durch das Feldgrau hindurch zu erkennen vermögen. Es ist eine kurze Spekulation, sie wird nicht vorhalten. Die „Nationale Volksarmee“ ist unter diesem Namen nichts anderes als sie unter den Bezeichnungen „Volkspolizei“ und KVP gewesen ist.

Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wie die Verteilung unserer Wochenausgabe in der sowjetischen Besatzungszone funktioniert. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender an folgende Adresse zu schicken:

Herrn E. Regni

Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Falls Sie den kleinen TAG mit der Post erhalten, entfernen Sie bitte Ihre Anschrift, nicht aber die Marke von dem Briefumschlag und schicken Sie ihn in einem anderen Briefumschlag an die obige Anschrift.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

Es ist nichts als ein Zugeständnis an den, der keine Lust verspürt, für die SED ein Maschinengewehr zu tragen.

So wird das sowjetzonale Kontingent der Warschauer Streitkräfte in Feldgrau gegen Deutschland marschieren. Die hier in „Kaisers Rock“ stecken, sind zum geringsten Teil Kommunisten. Entscheidend wird bleiben, wie sie zu Deutschland stehen werden, wenn es einmal um Deutschland geht.

Nur Pause, nicht Stillstand!

DT. Man hat dem Bundeskanzler früher oft den Vorwurf gemacht, daß er gegenüber den außenpolitischen Aufgaben, denen er jahrelang seine zähe Kraft widmete, die Innenpolitik vernachlässige. Von diesem Vorwurf ist heute nicht viel übriggeblieben. In der Bundesregierung, im Bundestag und in der öffentlichen Meinung haben die innenpolitischen Probleme plötzlich einen deutlich spürbaren Vorrang gewonnen. Da ist der Aufbau der Streitkräfte, die Durchführung der Sozialreform und noch manches andere, was die Gemüter bewegt. Das sind insgesamt Aufgaben und Sorgen, die wir sehr ernst nehmen müssen, wenn befriedigende Lösungen erzielt werden sollen.

Zugleich aber müssen wir auch darauf achten, daß nicht der umgekehrte Vorwurf Berechtigung erlangt, das heißt: die Innenpolitik darf die Außenpolitik nicht verdrängen. Deutsche Außenpolitik ist nämlich vor allem deutsche Wiedervereinigungspolitik. Diese aber darf niemals zur Ruhe kommen. Sie darf auch nicht in den zweiten Rang degradiert werden! Im übrigen ist zu bedenken, daß Innen- und Außenpolitik, im Lichte dieser vornehmsten Aufgabe der Bundesregierung gesehen, nicht voneinander zu trennen sind. Eine erfolgreiche Innenpolitik, die den Staat in guter Ordnung hält, seine demokratischen Institutionen sauber handhabt und in ständigem Fortschritt auch unsere ersten sozialen Probleme meistert — eine solche Innenpolitik ist immer auch die beste Grundlage einer erfolgreichen Außenpolitik. Das gilt gerade auch im Hinblick auf die Wiedervereinigung.

Wie kommen wir weiter?

Die Sorge, wie wir nach dem Scheitern der Genfer Konferenz in dieser deutschen Lebensfrage weiterkommen können, muß also noch mehr als bisher ein täglicher Antrieb für die deutsche Politik sein. Wird sie von diesem Antrieb nicht in Bewegung gehalten, dann leistet sie un-

gewollt einen stummen Beitrag zu der weiteren Verhärtung der Spaltung. Eine Phase der Diplomatie, die frei von Verhandlungen ist, wie wir es jetzt unter dem Zwang der internationalen Lage erleben, darf deshalb nicht Stillstand bedeuten. Sie kann nur eine Pause jener schöpferischen Art sein, in der eine neue diplomatische Aktivität vorbereitet wird.

Die Frage, wie das geschehen soll, ist nicht leicht zu beantworten. Viererkonferenzen alten Stiles bringen uns offenbar nicht weiter. Die Diplomatie des öffentlichen Marktes, auf dem nicht wirklich verhandelt, sondern mehr um die Frage der Schuld an dem von vornherein erwarteten Scheitern der Konferenz gerungen wird, ist nicht sehr aussichtsreich. Fortschritte und schließlich auch Lösungen können wahrscheinlich nur in der Stille vertraulicher Gespräche, nicht im Lärm der Öffentlichkeit und im Blitzlicht der Fotografen vorbereitet und erzielt werden. Man wird also die Methoden ändern müssen!

Das ist das eine. Daneben aber gibt es noch eine Reihe fataler Umstände, die heute das Handeln und Verhandeln erschweren. In den USA, deren aktive Mitwirkung in allen Fragen der Weltpolitik unentbehrlich ist, hat der Kampf um die gegen Jahresende stattfindende Neuwahl des Präsidenten bereits begonnen. Das bedeutet von jeher eine gewisse Neigung zur Vertagung großer Entscheidungen, mit der man die Rivalität der beiden Parteien zu beschwichtigen sucht. Einsichten, die vielleicht vorhanden sind, werden also nicht realisiert. Das berührt zum Beispiel, wie der kanadische Außenminister Pearson jüngst erkennen ließ, auch die weltpolitisch so bedeutsame Möglichkeit eines amerikanisch-chinesischen Ausgleichs, die er selbst lebhaft bejaht. In der Bundesrepublik wird ferner im nächsten Jahr ein neuer Bundestag gewählt und von ihm der Bundeskanzler, eine Entscheidung, die leider schon heute zur Aktivierung der deutschen Innenpolitik nicht wenig beigetragen hat. Schließlich ist auch die innerfranzösische Entwicklung nach den wenig erfreulichen Ent-

hüllungen der Wahlen vom 2. Januar noch ein Faktor der Ungewißheit, den Moskau zweifellos abwartend in seine diplomatische Rechnung einstellt. Hier ergibt sich also auf westlicher Seite — sozusagen aus der demokratischen Natur (oder Unnatur) der Dinge — eine gewisse Stagnation, während auf sowjetischer Seite die Neigung besteht, auf neue Situationen, neue Männer und neue Chancen zu warten, die vielleicht eine im Sinne Moskaus billigere Lösung der großen Streitfragen heißen könnten. Die sowjetische Propaganda unterläßt im übrigen nichts, um diese Entwicklung in ihrem Sinne mit ihren Mitteln zu fördern.

Wie das auch sein mag: dies alles vermindert nicht die Pflicht der Bundesregierung, in der Frage der deutschen Wiedervereinigung mit schöpferischer Initiative lebendig zu bleiben. Eine Fühlungnahme mit den angelsächsischen Mächten ist im Hinblick auf den bevorstehenden Besuch Edens bei Eisenhower bereits eingeleitet. Andere und neue Möglichkeiten bieten die Anwesenheit eines sowjetischen Botschafters in Bonn und demnächst eines deutschen Botschafters in Moskau. Wenn die Wiederanknüpfung diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion überhaupt einen Sinn haben soll — die so erfreuliche Entlassung der Kriegsgefangenen erschöpft ihn nämlich nicht —, dann doch den, daß man sich dieser beiden Träger eines unmittelbaren Kontaktes auch bedient, um zu hören, zu sprechen und zu sehen. Das war bisher nicht möglich und ist also ein neues Element der internationalen Politik, das der klugen Erprobung bedarf.

Ein erstaunliches Produkt

Die Lösung schwieriger internationaler Streitfragen ist bisher weniger auf öffentlichen Konferenzen, sondern mehr auf dem Wege eines von außen ungestörten diplomatischen Kontaktes zustande gekommen. Auf diesem Wege wird man den Sowjets auch überzeugend klarmachen müssen, daß wir ihren Genossen Grotewohl nicht kennen. Die Anbiederungsbe-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Scharfer Protest bei Grotewohl

Bischof Dibelius weist unwahre Beschuldigungen zurück

Berlin (Eigenbericht). Bischof D. Dibelius hat am Sonnabend in einem Schreiben an den Sowjetzonen-Ministerpräsidenten Grotewohl gegen die Verhaftung von Mitarbeitern der evangelischen Bahnhofsmission protestiert. Gleichzeitig wies er aufs schärfste den Vorwurf zurück, daß von der Bahnhofsmission Spionage zugunsten des Westens getrieben worden sei. Die kurzfristige Kündigung der von der Mission benutzten Räume auf zwei Ostberliner Bahnhöfen und in Dresden bezeichnete der Bischof als ungerecht.

Der Brief des Bischofs hat folgenden Wortlaut:

„Sehr geehrter

Herr Ministerpräsident!

Auf die Meldungen des ADN vom 18. und 20. Januar sehe ich mich als Vorsitzender der Berliner Kirchenleitung und als Vorsitzender des Berliner Gesamtverbandes der Inneren Mission zu folgender Feststellung veranlaßt:

Weder die Innere Mission noch die Bahnhofsmission haben irgendeinen Mitarbeiter in der DDR veranlaßt, jemals Berichte über Militär- und Personentransporte besonders der Volkspolizei sowie Berichte über die Belastung des Eisenbahnsystems der DDR und andere die NATO für Militärzwecke interessierende Angaben wirtschaftlicher und politischer Natur zu liefern. Es hat auch keiner unserer Mitarbeiter einen solchen Bericht von sich aus erstattet. Es werden lediglich Berichte abgegeben über zu erwartende Kindertransporte, Krankeneinzeltransporte sowie Statistiken geführt über Unterbringung und Verpflegung hilfesuchender Reisender. Irgendwelche Angaben wirtschaftlicher und politischer Natur sind mit diesen Berichten niemals verbunden gewesen.

Aufträge Westberliner Polizei- und Militärdienststellen hat die Bahnhofsmission weder erhalten noch entgegengenommen. Von einer Fahndungskartei unserer Mitarbeiter der DDR kann keine Rede sein. Selbstverständlich wird jeder Hilfesuchende in einer entsprechenden Liste verbucht. Diese Berichte werden gerade auf Grund der Meldevorschriften der DDR und des demokratischen Sektors von Berlin geführt und von den zuständigen Stellen der Transportpolizei, Kriminalpolizei und der allgemeinen Polizei regel-

mäßig gefordert und laufend geprüft. Ferner werden naturgemäß Verzeichnisse solcher Personen geführt, die bei der Bahnhofsmission als immer wieder vorsprechende Schwindler und Unterstützungsjäger bekannt sind.

Den Vorwurf, es wäre von der Bahnhofsmission Spionage getrieben worden, können wir nur auf das schärfste zurückweisen. Unter diesen Umständen müssen wir die Verhaftung von Mitarbeitern der Bahnhofsmission nur als ungerechtfertigt empfinden, wie wir auch die kurzfristige Kündigung der von der Bahnhofsmission benutzten Räume in Berlin-Friedrichstraße und Nordbahnhof und in Dresden als ungerecht bezeichnen müssen. Die Bahnhofsmission hat sich, namentlich angesichts der besonders schwierigen Lage in Berlin, bestimmt und bewußt auf ihre karitative Aufgabe beschränkt und sich bemüht, allen Hilfsbedürftigen ohne Ansehen der Person mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

Angesichts dieser Sachlage wird nicht erwartet werden können, daß irgend jemand die von ADN verbreiteten Aussagen der Mitarbeiter der Bahnhofsmission für glaubhaft hält. Ich

bedauere es außerordentlich, daß ich meine Reise zur Tagung des Weltrats der Kirchen in Australien, die ich leider nicht mehr absagen kann, unter dem frischen Eindruck solcher Vorkommnisse antreten muß.

Ich bin, sehr verehrter Herr Ministerpräsident, ihr ganz ergebener
gez. Dibelius.“

Auch kirchliche Ostkonferenz protestiert

Zwei Tage zuvor hatte die kirchliche Ostkonferenz der Sowjetzonen-Regierung eine Entschließung übergeben, in der zu den Verhaftungen von Mitarbeitern der evangelischen Bahnhofsmission Stellung genommen wurde. Außerdem wurde in der Entschließung gegen die Unterstellung protestiert, daß sich kirchliche Werke zu Spionagezwecken mißbrauchen ließen.

Diesen Vorwurf hatte das Zentralorgan der SED, „Neues Deutschland“, in seiner Ausgabe vom 18. Januar erhoben.

In der Entschließung der Ostkirchenkonferenz, die am Mittwoch in Berlin getagt hat, und in der alle Landeskirchen der Sowjetzone zusammengeschlossen sind, heißt es wörtlich: „Durch die Verhaftungen ist weithin der Eindruck entstanden, daß es sich um eine Aktion gegen die Bahnhofsmission als solche handelt und diese aus der karitativen Arbeit auf den Bahnhöfen ausgeschaltet werden soll. Die kirchliche Ostkonferenz kann dies nur aufs tiefste bedauern, da der selbstlose karitative Einsatz der Bahnhofsmissionarinnen seit Jahrzehnten erwiesen ist.“

Bonn verstärkt Kontakt zu Neu Delhi

Deutsche Industrie am Aufbau Indiens beteiligt

Bonn (Eigenbericht). Vizekanzler Blücher hat am Dienstag, zwei Tage nach seiner Rückkehr aus Indien, eine Delegation des Bundesverbandes der deutschen Industrie empfangen, die sich am 5. Februar auf eine längere Asien-Reise begeben wird. Die Delegation wird als erstes Land Indien aufsuchen, um dort über bestimmte industrielle Projekte zu verhandeln, die in deutsch-indischer Zusam-

menarbeit verwirklicht werden sollen.

Blücher gab am Dienstag vor der Presse bekannt, daß es sich in erster Linie um den Bau eines großen Stahlwerkes bei Rourkela und um die Erweiterung eines Stahlwerkes, einer Gießerei und einer Lokomotivfabrik bei Jamshedpur handle. Er habe den indischen Regierungsmittgliedern fest zugesagt, daß die Bundesrepublik sich am wirtschaftlichen Aufbau Indiens beteiligen wolle.

Bischof Dibelius beim Papst

In Privataudienz empfangen — Predigt in Rom

Vatikanstadt (DPA). Der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche Deutschlands, Bischof D. Dibelius, der auf der Reise zur Tagung des Weltrates der Kirchen in Australien für einige Tage in Rom Station machte, ist am Montag von Papst Pius XII. in Privataudienz empfangen worden. Die Unterredung unter vier Augen, die etwa zehn Minuten dauerte, galt, wie verlautet, der Situation der Kirchen in Berlin und in der Sowjetzone, im besonderen der jüngsten Aktion der Sowjetzonenbehörden gegen Angehörige der evangelischen Bahnhofsmission.

Über Fragen im Zusammenhang mit der Tagung des Weltrates der Kirchen, wie überhaupt über das Verhältnis der Konfessionen zueinander, sei nicht gesprochen worden. Im Anschluß an die Unterhaltung stellte der Bischof dem Papst auch seinen Sohn, Oberkirchenrat Dr. Otto Dibelius, und den Pfarrer der deutschen evangelisch-lutherischen Gemeinde in Rom, Erich Hessing, vor.

Am Vortage hatte Dibelius in einer Predigt vor der deutschen evangelisch-lutherischen Ge-

meinde in Rom die Kirche als den Pfeiler bezeichnet, der die Wahrheit Gottes durch die Jahrhunderte trägt. Das hätten gerade die Gläubigen in der Sowjetzone erfahren. Es sei maßlos schwer, sich in einer Welt zu bewegen, in der es ein Vergehen sei, anders zu denken, als der Staat es vorschreibe. Es sei kein Zufall, daß in Ostdeutschland das Verhältnis zwischen der evangelischen und der katholischen Kirche so gut sei wie nie zuvor.

Kaiser: Trotz der „Volksarmee“

Bemühungen um Wiedervereinigung gehen weiter

Berlin (Eigenbericht). Der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, hat sich in einer Rundfunkrede mit zwei Vorgängen befaßt, die im Mittelpunkt des politischen Geschehens der letzten Tage standen: die Ausrufung einer sogenannten nationalen Volksarmee und das entschlossene Vorgehen des Deutschen Gewerkschaftsbundes gegen den Versuch kommunistischer Infiltration in der Bundesrepublik, das die Propagandisten von Pankow in Bewegung gebracht hat.

Der Minister sagte: „Keine Schwierigkeit — auch nicht die Existenz einer sogenannten nationalen Volksarmee — wird uns daran hindern, daß wir uns immer neu bemühen, die Wiedervereinigung auf friedlichem Wege zu erreichen.“ Der jüngste Akt von Pankow, an dem nicht das Volk in der Zone mit seinem freien Willen beteiligt ist, sondern kommunistische Funktionäre das ihnen vom Warschauer Pakt vorgeschriebene Soll erfüllen, sei ein Beweis, daß der kalte Krieg in und um Deutschland nach wie

vor sein grausames Spiel treibt.

Kaiser wies die Behauptung Pankows zurück, daß diese Militarisierung zum Schutze gegen einen Eroberungskrieg der sogenannten westdeutschen Militaristen, Imperialisten und Monopolisten erfolgt sei. „Die Bevölkerung der Bundesrepublik weiß — wie es auch die 17 Millionen in der Zone wissen —, daß Bundesregierung und Bundestag stets betont haben: Wir werden die Wiedervereinigung unseres Landes nur auf friedlichem Wege zu erreichen suchen.“

Wie hellhörig man längst gegenüber den kommunistischen Tarnungskünsten ist, hätten gerade auch die Gewerkschaften in der Bundesrepublik bewiesen, und „wie sehr den Kommunisten die Stabilität der Gewerkschaften und deren entschlossener Zugriff das Konzept verdorben hat, beweisen Umfang und Hysterie ihrer Angriffe“. Die Zone dürfe überzeugt sein, daß sich die Bevölkerung der Bundesrepublik in der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus behaupten wird.

Nur Pause, nicht Stillstand!

Fortsetzung von Seite 2

mühungen der von ihm geleiteten Zonenregierung um die Anerkennung durch die Bundesrepublik haben mit dem Angebot eines Nichtangriffspaktes zwischen Bonn und Pankow ein geradezu erstaunliches Produkt hervorgebracht. Bonn und Pankow sollten, so meinte er, mit einem solchen Pakt auf die Anwendung von Gewalt zur Wiedervereinigung Deutschlands verzichten. Verzichten kann man doch nur auf das, was man hat — oder was man vorhat. Schon weil die Bundesregierung niemals die Absicht hatte und niemals haben wird, eine gewaltsame Wiedervereinigung Deutschlands auch nur zu erwägen, kann sie einen solchen Pakt nicht abschließen — ganz abgesehen davon, daß ein innerdeutscher Partner eines derart merkwürdigen Vertrages für uns nicht existiert.

In Pankow freilich mag das anders aussehen. Dort wurde der koreanische Krieg bei seinem Ausbruch im Sommer 1950 in verdächtiger Weise als ein Modellfall auch für die von der Spaltung Deutschlands drohende Gefahr bezeichnet. Solche Anschauungen sind inzwischen aus gutem Grund auf ein sehr kaltes Eis gelegt worden. Seit 1950 hat sich nämlich einiges geändert. Im übrigen: Anwendung von Gewalt könnte es nur geben — mit oder ohne Nichtangriffspakt —, wenn Moskau es seiner Filiale Pankow befehlen sollte. Dann stünde allerdings mehr auf dem Spiel, als nur der Friede Deutschlands. Da hinter dem Eisernen Vorhang in Mitteldeutschland auch sowjetische Truppen stehen und ferner alle Entscheidungen der sogenannten DDR von Moskau gelenkt werden, ist es ganz natürlich, daß die Bundesrepublik nur an der Quelle der von Pankow beschworenen Gewalt verhandeln wird — nämlich mit Moskau. Nur mit Moskau und nicht mit Pankow kann eine Regelung gefunden werden, die den Wahnsinn der deutschen Spaltung nicht konserviert, sondern liquidiert.

So sind sie wirklich:

„Ein Preuße im Politbüro!“

Es ist etwas Merkwürdiges um diesen Mann. Er ist Vollblut-Kommunist. Er ist in wenigen Jahren zu einem der mächtigsten Männer im SED-Politbüro aufgestiegen. Aber er steht außerhalb aller Partei-Intrige, rangierte auf keiner „Säuberungs“-Liste, hat keinen Namen aus der Zeit vor 1933, sein Lebenslauf entbehrt jeder Konspirative, wenn man der offiziellen Darstellung Glaubenschenken will.

Als er sich nach der durch seinen Mund erfolgten Proklamation der „Nationalen Volksarmee“ militärisch knapp zur Ministerbank zurückbegab, mag mancher seiner Genossen an das von Ulbricht einmal im Scherz geprägte Wort erinnert worden sein: „Wir haben einen Preußen im Politbüro — Willi Stoph!“

Inzwischen ist dieser Stoph erster sowjetzonaler „Verteidigungsminister“ geworden. Ein wenig durchsichtiger Mann. Schon bei seinem Geburtsdatum steht der Zweifel Pate. Offiziell wird der 8. 7. 1914 genannt. Alte SED-Genossen wissen jedoch genau, daß sie mit Stoph den 8. 3. 1913 als Geburtstag gefeiert haben. Welchen Grund hat dieser Mann, sein Geburtsdatum zu verändern? Er ist Sohn eines Arbeiters. Als Maurer und Bauhandwerker stieß er 1928 zum Kommunistischen Jugendverband (KJV) und kam 1931 in die KPD. Offiziell hatte er damals keine Funktion. Und nirgends ist verzeichnet, daß Stoph damals für anderthalb Jahre in die Sowjetunion gegangen ist. Was hat er dort getan? Welche Schulen hat er besucht, als was hat man ihn ausgebildet,

Seltsame Illegalität

Die Nazis lassen den Maurerpolier Stoph unbeteiligt. Der ist viel auf Reisen, aber immer nur zu Verwandten und Bekannten. Und er scheint nicht wenig prominente Bekannte zu haben: Im Reichswirtschaftsministerium, später beim „Baustab Speer“, sogar das „Reichssicherheitshauptamt“, die „Höhle des Löwen“, sucht er auf,

WILLI STOPH



In der Parteibiographie findet sich weder nichts über diese Zeit. Nur als Volkskammer-Kandidat lüftet man ein wenig das Geheimnis: „Herr Stoph war aktiver Kämpfer gegen den Faschismus!“ Aber keine Widerstandsgruppe weiß von ihm zu berichten. Nur in Prag hält sich lange Zeit das von Kommunisten kolportierte Gerücht: „Ein KJV-Mann aus Deutschland bringt Kurierpost von Berlin!“ Warum hat Stoph diese Dinge verschwiegen, zu einer Zeit, als andere SED-Funktionäre in ihrem Lebenslauf mühsam nach antifaschistischen Taten gruben?

Eine Blitzkarriere

Offiziell ist Stoph auch nie Soldat gewesen. Aber es gibt Freunde, die felsenfest behaupten, ihn als Wehrmachts-Unteroffizier gesehen zu haben. Zuletzt bei Dirlwanger, an der zusammenbrechenden russisch-tschechischen Front, 1945 ist er plötzlich da, zeigt sein altes KP-Buch vor, bekommt ein neues und wird erster Chef der Stadtbezirksverwaltung Berlin-Treptow. Bald arbeitet er über den Rahmen seines Ressorts hinaus, wird als Leiter der Abt. Wirtschaft ins damalige SED-Zentralsekretariat gerufen, eine der verantwortlichsten Stellen im SED-Apparat. Im März 1951 leitet er das sagenhafte

„Büro für Wirtschaftsfragen“, eine Tarninstitution zur Koordinierung und Subventionierung der mit der KVP in die Breite gehenden Rüstungsindustrie. Die ersten sowjetzonalen Karabiner gehen durch die Hände von Willi Stoph...

1953, während des Juni-Aufstandes, ist Stoph einer der wenigen, der die Nerven behält. Er organisiert die Flucht der ZK-Funktionäre und ihrer Familien in das Ostseebad Kühlungsborn. Nach Beendigung des Aufstandes nimmt ihn Ulbricht in das umgruppierte SED-Politbüro. Doch schon 1954 rückt Stoph als „Stellvertreter des Ministerpräsidenten“ vor. Denn seit dem Mai saß er auf einer der Schlüsselpositionen des Regimes: er war — unbeachtet — Innenminister der „DDR“. Zaissner kannte damals jeder, aber wer kannte Stoph?

Als er diesen Posten im Juli 1955 verläßt, weiß jeder Eingeweihte: „Stoph wird Verteidigungsminister!“ Es blieb nur eine taktische Frage der Zeit. Dann wird er Atom-Minister, niemand nimmt das ernst. Und heute hat er die Armee — für Ulbricht — in der Hand. Als Generaloberst, als Drei-Sterne-General, wird er am 14. Mai in Warschau den Beitritt der „Nationalen Volksarmee“ zum Ostblock-Militärpakt unterzeichnen. Ein Preuße im Politbüro: knapp, militärisch, undurchsichtig, nie in der vordersten Linie. Denn die sich vordrängen, fallen leicht auf die Nase...

Thema Wiedervereinigung auf der Tagesordnung

Bonn (AP). Bundesaußenminister Dr. von Brentano hat vor Vertretern der Auslandspresse in Bonn am Dienstag angekündigt, daß die deutsche Frage selbstverständlich auch bei der bevorstehenden Konferenz Präsident Eisenhowers und Premierminister Edens in Washington im Rahmen der Erörterung europäischer Probleme auf der Tagesordnung stehen werde,

KP-Funktionär verhaftet

Dortmund (AP/DPA). Wegen „versuchter Ausspähung von Staatsgeheimnissen in der Bundesrepublik“ ist der erste Sekretär der Dortmunder KP-Kreisleitung, Helmut Schulte, auf Anordnung der Staatsanwaltschaft verhaftet worden, Schulte, der in der Sowjetunion politisch geschult wurde und Stadtrat der KP-Fraktion im Dortmunder Stadtparlament ist, habe einem Bahnbeamten für die Beschaffung von Diensttelegrammen der Bundesbahn über Truppentransporte und Regierungssonderzüge 20 DM je Exemplar angeboten.

Betriebe greifen durch

Dortmund (AP/DPA). Die Westfalenhütte in Dortmund hat den kommunistischen Betriebsvertrauensmann Karl Schönfeld wegen „Aufforderung zur Sabotage und Störung des Betriebsfriedens“ fristlos entlassen. Schönfeld habe im Betrieb Flugblätter verteilt, in denen die Belegschaft aufgefordert wird, als Protest gegen die Entlassung von zwei kommunistischen Betriebsratsmitgliedern besonders langsam zu arbeiten.

Der Kanzler bei den Soldaten

Erster Besuch Adenauers in der Garnison Andernach

Andernach (DPA). Die erste Garnisonstadt der neuen deutschen Streitkräfte, Andernach am Rhein, hatte am Freitag einen großen Tag. Bundeskanzler Dr. Adenauer stattete den Lehrtruppen des Heeres, der Luftwaffe und der Marine seinen ersten offiziellen Besuch ab.

Ein dichtes Flaggenmeer schmückte die Stadt, und die Bevölkerung bildete Spalier, als der Bundeskanzler mit seinem Wagen durch die Straßen zur Kaserne fuhr. Auch für die Schulkinder war dieser Freitag ein Festtag, da sie nicht zum Unterricht brauchten.

Auf dem Exerzierplatz der Kaserne schritt der Kanzler die Front der angetretenen Verbände unter den Klängen des Yorkschen Marsches ab. Nachdem Adenauer von den 1500 Soldaten mit einem „Guten Morgen,

Altersrente wird verbessert

Wichtige Vorentscheidung für die Bonner Sozialreform

Bonn (Eigenbericht). Im Sozialkabinett der Bundesregierung ist die erste große Entscheidung über die Sozialreform gefallen: In der letzten Sitzung wurde beschlossen, daß man bei der Altersversicherung zur sogenannten „dynamischen Leistungsrente“ übergehen will. Die Altersrente soll in ihrer Höhe so festgesetzt werden, daß sie geeignet ist, den im Arbeitsleben erworbenen Lebensstandard zu sichern. Dabei sollen die geminderten Bedürfnisse von nicht mehr arbeitenden Personen bei der Rentenfestsetzung berücksichtigt werden. Das bedeutet:

Die Renten sollen zwar auch weiterhin den individuellen Arbeitsleistungen entsprechen, sie sollen aber im Zeitpunkt ihrer Festsetzung an die Entwicklung der Löhne und Gehälter angepaßt werden. Auch danach sollen sie laufend, und zwar in periodischen Abständen von drei bis fünf Jahren, der wirtschaftlichen Entwicklung entsprechend erhöht werden. Noch in diesem Jahr will die Bundesregierung dem Parlament die nötigen Gesetzentwürfe zuleiten.

In einer amtlichen Verlautbarung wurde darauf hingewiesen, daß die Rentner damit künftig „an der Erhöhung des Sozialprodukts teilnehmen“ werden. Die Verbesserung des Systems soll allen gegenwärtigen und zukünftigen Rentenbeziehern einschließlich der Witwen und Waisen zugute

kommen. Damit die jetzigen Rentenbezieher möglichst schnell in den Genuß der neuen Regelung kommen, sollen sofort nach der Verabschiedung des Gesetzes Pauschalzuschläge zur Rente gezahlt werden.

Die Altersgrenze soll wie bisher 65 Jahre betragen. Es soll dem Versicherten aber freistehen, durch Weiterarbeit eine zusätzliche Erhöhung seiner Rente zu erreichen. Alters- und Invalidenversicherung sollen getrennt werden. Die Dauerrente für Invaliden, die gleichfalls „dynamisch“ gestaltet wird, soll nur noch bei nicht behebbarer Invalidität gewährt werden.

IG Bergbau säubert Jugendgruppe

Duisburg (DPA). Die IG-Bergbau hat den Vorstand der Jugendgruppe Dinslaken-Lohberg aufgelöst und gegen ihren Führer ein Verfahren eingeleitet. Die Jugendgruppe hat in einem Schreiben an Bundesernährungsminister Dr. Lübke, der aus diesem Wahlkreis in den Bundestag gewählt worden ist, mit kommunistischen Argumenten die Wiederbewaffnung angegriffen.

1700 Stundenkilometer

Washington (AP). Eine Stundengeschwindigkeit von über 1700 km hat ein amerikanisches Jagdflugzeug bei Probeflügen erreicht. Die Maschine — „Voodoo“ mit Namen — ist vermutlich das größte und schwerste Jagdflugzeug der Welt mit dem größten Aktionsradius.

Es wird angenommen, daß der Jäger sowohl im Steigflug als auch im Streckenflug Überschallgeschwindigkeit erreichen kann. Die US-Luftstreitkräfte geben keine Einzelheiten über die Maschine bekannt, von der etwa 20 bis 30 Stück erprobt werden.

Anschließend nahm Adenauer mit Bundesverteidigungsminister Blank und den Generalen Speidel und Heusinger sowie den Kommandeuren der Truppeneinheiten in der Kantine ein Mittagessen aus der Gulaschkanne ein. Als Ehrengäste an dem Truppenbesuch nahmen auch die Militärattachés aller Staaten der NATO teil.

Wieder Kulturinstitute im Ausland

Pläne des Auswärtigen Amtes — Mißtrauen muß schwinden

Bonn (Eigenbericht). Die Arbeit der deutschen Kulturinstitute im Ausland soll nach den Plänen des Auswärtigen Amtes in nächster Zeit stärker belebt werden. Gegenwärtig gibt es solche Institute erst in Rom und Ankara. Weitere Institute sind in Singapur, Lissabon, London, Madrid, Rio de Janeiro, Paris und Tokio geplant.

Erst nach dem deutschen Zusammenbruch wurde es in vollem Umfang offenbar, wie der Begriff „Deutsche Kultur“ durch den Nationalsozialismus in aller Welt diffamiert war. Die Greuel der Konzentrationslager und die Erfahrungen, die alle okkupierten Länder mit der Gewaltherrschaft des Dritten Reiches gemacht hatten, ließen zunächst nichts mehr aufkommen, was an das „andere Deutschland“, an seine geistigen Werte, erinnerte. Auch die neutralen Länder wollten nichts mehr von deutschen Kulturinstituten wissen. Sie hatten noch allzu deutlich vor Augen, wie jede derartige Stelle zu einer nationalsozialistischen Propagandazentrale geworden war. Deshalb wurden die im und nach dem Krieg beschlagnahmten Häuser und Einrichtungen nur zögernd zurückgegeben.

In Bonn möchte man auf keinen Fall Anlaß geben zu dem Verdacht, daß die deutschen Kulturinstitute wieder irgendwelchen politischen Aufgaben dienen sollen. Die Absicht des Auswärtigen Amtes ist es, Institute einzurichten, die ein von den diplomatischen und konsularischen deutschen Vertretungen unabhängiges Eigenleben führen und nach den großen Gestalten der deutschen Kultur- und Geistesgeschichte benannt werden sollen. Leiter dieser „Deutschen Häuser“, wie man sie auch bezeichnen kann, sollen musisch veranlagte Persönlichkeiten, nicht zuletzt Philologen, sein. Denn besonders in den überseeischen Ländern stehen Sprachkurse im Vordergrund der Institutsarbeit. Ebenso bedeutsam sind die Büchereien der „Deutschen Häuser“, die laufend mit den

bemerkenswerten Neuerscheinungen aus dem deutschen Sprachraum aufgefüllt werden. Neben den Büchern finden die Besucher deutsche Zeitungen und Zeitschriften, ferner wird ein abendliches Programm mit Werken deutscher Musiker und Dramatiker, aber auch mit deutschen Filmen und Ausstellungen geboten.

Vielleicht ist jene Lösung der Organisationsform solcher „Deutschen Häuser“ am günstigsten, wie sie in Mittel- und Südamerika bereits verwirklicht ist. Dort bestehen gemischte Institute, die eine Gemeinschaftsgründung von Deutschen und Angehörigen des betreffenden Landes sind. Dabei handelt es sich also um Einrichtungen, die nicht nur dem Deutschen in der Fremde, sondern auch mit den Bedürfnissen mancher Einheimischer entgegenkommen.

„Berlin-Woche“ war ein Erfolg

Die „Insulaner“ begeisterten auch Stuttgart

Berlin (DPA/Eigenbericht). Die „Berlin-Woche“ des Süddeutschen Rundfunks Stuttgart hat nach Mitteilung der Rundfunkleitung im gesamten Sendegebiet der Stuttgarter Station einen breiten Widerhall gefunden und eine Welle großer Aufgeschlossenheit für die Probleme Berlins ausgelöst. In den zahlreichen Hörerbriefen seien Hilfsmaßnahmen angeregt und unter anderem vorgeschlagen worden, eine Straße oder einen Platz in Stuttgart mit dem Namen Berlins zu bezeichnen. Der übertragene Gottesdienst mit Bischof Dibelius hat einen besonders tiefen Eindruck hinterlassen. Als einen Höhepunkt des Programms der „Berlin-Woche“ wurde auch das Gastspiel der „Insulaner“ in Stuttgart bezeichnet.

Mit einer tüchtigen Portion besten Berliner Witzes im Koffer waren Günter Neumann und seine „Insulaner“ nach Stuttgart gereist. Was sie zu singen und zu sagen hatten, war im besten und heitersten Sinne Repräsentation und Werbung für Berlin. Einfallreich hatten sie sich der Neckar-Atmosphäre angepaßt, verteilten ihre kabarettistischen

Solche gemischten deutschen Institute gibt es bereits in Buenos Aires, Santiago de Chile, La Paz, Bogota, Quito und in Mexico City. Ferner gibt es noch einige ausschließlich von privater Seite eingerichtete Zentren der deutschen Kultur, so z. B. daß vom früheren amerikanischen Hohen Kommissar für Deutschland, McCloy, in New York geschaffene Goethehaus oder das deutsche Kulturzentrum in Djakarta.

Vorerst keine Konsulate

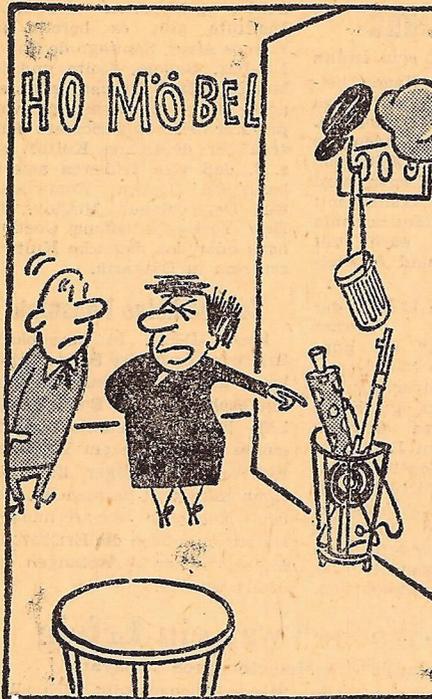
Bonn (DPA). In absehbarer Zeit wird es in der Sowjetunion keine deutschen Konsulate und umgekehrt in der Bundesrepublik keine sowjetischen Konsulate geben, wie am Donnerstag von zuständiger Seite in Bonn mitgeteilt worden ist. Bei den Moskauer Besprechungen sei ausschließlich die Errichtung diplomatischer Vertretungen erörtert worden.

Stiche lebenswürdig nach allen Seiten, nahmen sich selbst nicht aus und auch nicht ihre Gastgeber. Die Stuttgarter waren dabei ein noch dankbareres Publikum als die Berliner. Sie gingen mit und sparten nicht mit Beifall.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2, Druck: W. Büxenstein, GmbH,



Das Neueste!
Flurgarderobe „Volksarmee“



„DDR“ im Zeichen der neuen Knobel-
becher: „Haben Sie Fußblappen?“



BILD DER WOCHE: Echte Faschingsgeneräle entbieten in Frankfurt den Narrengruß — hohe amerikanische Offiziere mit Sinn für Humor.